



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

77. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 25. Juli 2024

Nummer 24

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NRW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
12	05.07.2024	Ministerium des Innern Berichtigung des Runderlasses „Verschlussachenanweisung“	790
20025	12.07.2024	Ministerium der Finanzen, Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung Aufhebung des Runderlasses „Bestandsabgleich der Grundsteuermessbeträge“	790
224	12.07.2024	Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung Verwaltungsvorschrift zur Prüfung der Zumutbarkeit nach dem nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetz (VV Zumutbarkeit DSchG NRW)	790
702	08.07.2024	Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie Förderrichtlinie Startup Welcome Package NRW	799

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NRW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
03.07.2024	Ministerpräsident Honorarkonsularische Vertretung des Königreichs Lesotho in Frankfurt am Main	801
03.07.2024	Honorarkonsularische Vertretung der Vereinigten Mexikanischen Staaten in Köln	801

III.

Öffentliche Bekanntmachungen

(Im Internet kostenfrei zugänglich unter: <https://recht.nrw.de>)

Datum	Titel	Seite
08.07.2024	Landeswahlleiterin Endgültiges Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 im Land Nordrhein-Westfalen	801

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter (GV. NRW.) und die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Ministerialblätter für das Land Nordrhein-Westfalen (MBL. NRW.) und die Sammlung der in Teil I des MBL. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBL. NRW.) stehen im Intranet des Landes NRW (<https://lv.recht.nrw.de>) und im Internet (<https://recht.nrw.de>) zur Verfügung.

I.

12

**Berichtigung des Runderlasses
„Verschlussachenanweisung“**

Vom 5. Juli 2024

Der Runderlass „Verschlussachenanweisung“ vom 18. Juni 2024 (MBl. NRW. S. 688) wird wie folgt berichtigt:

In § 67 Satz 1 wird die Angabe „X. Monat 2024“ durch die Angabe „Tag nach der Veröffentlichung im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen“ ersetzt.

Düsseldorf, den 5. Juli 2024

Der Minister des Innern

Im Auftrag

Monika Wißmann

– MBl. NRW. 2024 S. 790

20025

**Aufhebung des Runderlasses
„Bestandsabgleich der Grundsteuermessbeträge“**

Gemeinsamer Runderlass
des Ministeriums der Finanzen
02310 – 1 – VI 5

und des Ministeriums für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
01.15.00-001014

Vom 12. Juli 2024

1

Der Gemeinsame Runderlass „Bestandsabgleich der Grundsteuermessbeträge“ vom 4. April 2002 (MBl. NRW. S. 438), der zuletzt durch Runderlass vom 21. August 2015 (MBl. NRW. S. 514) geändert worden ist, wird aufgehoben.

2

Dieser Runderlass tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

– MBl. NRW. 2024 S. 790

224

**Verwaltungsvorschrift zur Prüfung der
Zumutbarkeit nach dem nordrhein-westfälischen
Denkmalschutzgesetz
(VV Zumutbarkeit DSchG NRW)**

Runderlass
des Ministeriums für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung

Vom 12. Juli 2024

Auf Grund des § 42 Absatz 3 des Nordrhein-Westfälischen Denkmalschutzgesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 662) ergeht durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen folgende Verwaltungsvorschrift zugleich als allgemeine Weisung nach § 9 Absatz 2 Buchstabe a des Ordnungsbehördengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GV. NRW. S. 762) geändert worden ist:

1

Allgemeine Grundsätze

Die Eigentümerin oder der Eigentümer sowie die sonstigen Nutzungsberechtigten haben ihre Baudenkmäler (§ 7 Absatz 1 DSchG NRW), ihre Gartendenkmäler (§ 12 DSchG NRW) und ihre Bodendenkmäler (§ 14 DSchG NRW) im Rahmen des Zumutbaren denkmalgerecht zu erhalten, instand zu setzen, sachgemäß zu behandeln und vor Gefährdung zu schützen. Überschreiten behördliche Maßnahmen auf der zweiten Stufe des Denkmalschutzsystems, insbesondere bei Erhaltungsanordnungen oder Versagung beantragter Erlaubnisse, aber die Grenze der Zumutbarkeit, führen sie zu unverhältnismäßigen Eigentumseinschränkungen und sind rechtswidrig (vergleiche Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, im Folgenden OVG NRW, Urteil vom 20. März 2009 – 10 A 1406/08, juris Rn. 50). Die Denkmalbehörde muss im Hinblick auf die Gesetzesbindung der Verwaltung auf die Anordnung behördlicher Maßnahmen, die zu einer unverhältnismäßigen Belastung der Eigentümerin oder des Eigentümers führen, grundsätzlich verzichten (OVG NRW, Urteil vom 20. März 2009 – 10 A 1406/08, juris Rn. 50). Der Begriff der „Zumutbarkeit“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, dessen behördliche Anwendung auf den konkreten Einzelfall vollständig gerichtlich überprüfbar ist. Einer Eigentümerin oder einem Eigentümer, die oder der sich darauf beruft, ihr oder ihm sei die Erhaltung und Pflege eines Denkmals nicht (mehr) zuzumuten, obliegt die Darlegungslast für das Vorliegen der Unzumutbarkeit. Dies schließt die Pflicht zur Vorlage von Nachweisen und Unterlagen, aus denen sich die Unzumutbarkeit ergeben könnte, ein (OVG NRW, Urteil vom 27. Juni 2013 – 2 A 2668/11, juris Rn. 49). Bei Verletzung dieser Mitwirkungspflicht kann der Antrag abgelehnt werden (Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 2. Dezember 2009 – 1 A 10547/09 -, BRS 74, Nr. 217; Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 18. März 2009 – 3 L 503/04 -, juris). Bei der Anwendung des Begriffes auf die konkrete, unter einem Zumutbarkeitsvorbehalt stehende, Verpflichtung aus dem DSchG NRW sind die nachfolgend unter Nummer 2 und 3 dargestellten objektiven und subjektiven Kriterien zu prüfen. Das Prüfergebnis folgt aus einer Gesamtbetrachtung der für den Einzelfall heranziehbareren fachlichen Kriterien. Der zuständigen Denkmalbehörde ist dabei kein Ermessens- oder Beurteilungsspielraum eröffnet. Im Rahmen der Denkmal- und/oder grundstücksbezogenen Betrachtungsweise ist zu beurteilen, inwieweit Aufwendungen, die ausschließlich auf eine denkmalrechtliche Verpflichtung zurückzuführen sind, dazu führen, dass sich das von der Denkmaleigenschaft erfasste Eigentumsobjekt aus sich heraus wirtschaftlich nicht mehr trägt. Steht danach eine wirtschaftliche Nutzungsfähigkeit des Eigentumsobjektes in Frage, ist immer auch zu prüfen, ob dessen Privatnützigkeit dennoch durch eine realistische Veräußerungsmöglichkeit für den Verfügungsberechtigten gegeben ist. Dabei muss der Verfügungsberechtigte eine Wertminderung des mit einem Denkmal belegenen Grundstücks in einem verhältnismäßigen Rahmen hinnehmen. Führen denkmalrechtlich bedingte Aufwendungen erst in Verbindung mit Aufwendungen aufgrund anderer öffentlich-rechtlicher Erfordernisse zu einer fehlenden wirtschaftlichen Tragfähigkeit, so dürfen die unwirtschaftlichen Aufwendungen nicht einseitig den Erfordernissen des Denkmalschutzes zugerechnet werden. In diesen Fällen ist zu prüfen, in welchem prozentualen Verhältnis die denkmalrechtlich bedingten Aufwendungen den Aufwendungen aufgrund anderer öffentlich-rechtlicher Erfordernisse gegenüberstehen. Überwiegen die denkmalrechtlich bedingten Aufwendungen in diesem Verhältnis nicht, können sie zur Begründung einer fehlenden wirtschaftlichen Tragfähigkeit nicht herangezogen werden. Das Ergebnis der Zumutbarkeitsprüfung ist maßgeblich im denkmalrechtlichen Erlaubnisverfahren zur Bewertung der privaten Interessen im Rahmen der Abwägung mit den Belangen des Denkmalschutzes nach § 9 Absatz 3, § 13 Absatz 3, § 15 Absatz 3 DSchG NRW heranzuziehen. Sind die zur Wahrung der Belange des Denkmalschutzes bestehenden Verpflichtungen für den Betroffenen unzumutbar, so überwiegen die privaten Interessen regelmäßig die Belange des Denkmalschutzes. In diesen Fällen ist eine beantragte Erlaubnis durch die Denkmalbehörde zu erteilen.

len, sofern die unzumutbare Belastung nicht anderweitig ausgeglichen werden kann oder kein angemessener Ausgleich in Geld gewährt wird (§ 34 DSchG NRW). Der Ermessensspielraum der Denkmalbehörde für Maßnahmen der Gefahrenabwehr nach § 7 Absatz 2 und Absatz 4 DSchG NRW wird durch die Grenzen der Zumutbarkeit entsprechend eingeschränkt.

1.1

Sozialbindung des Eigentums und Bewertung der Privatnützigkeit des Eigentums

Die unter dem Zumutbarkeitsvorbehalt stehenden Verpflichtungen nach dem Denkmalschutzgesetz finden ihre verfassungsrechtliche Grundlage in der Sozialbindung des Eigentums nach Artikel 14 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes, im Folgenden kurz: GG, die sich aus der Situationsgebundenheit, hier der Lage und Beschaffenheit des Grundstücks, ergibt (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 2. März 1999 – 1 BvL 7/91, juris Rn. 83). Die Reichweite der Sozialbindung des Eigentums entspricht für den Einzelfall dem Maß des Zumutbaren einer konkreten denkmalrechtlichen Verpflichtung. Eine wesentliche Voraussetzung zur Ermittlung der Grenze des Zumutbarkeitsrahmens ist daher eine Bewertung der Privatnützigkeit des von der Denkmaleigenschaft erfassten Eigentumsobjektes. Hierzu ist bei der Zumutbarkeitsprüfung eine schutzobjekt- und/oder grundstücksbezogene Betrachtungsweise vorrangig anzuwenden. Der Begriff des Schutzobjektes umfasst Denkmale und selbständige Bestandteile eines mehrgliedrigen Denkmals, die für sich die Voraussetzungen eines Denkmals nicht erfüllen. Subjektive, auf der Person der oder des Verfügungsberechtigten oder auf deren oder dessen Verhalten basierende Aspekte sind nachrangig und können nur in den unter Nummer 3 beschriebenen Grenzen Eingang in die Prüfung finden. Die Eigentumsgarantie des Artikel 14 Absatz 1 GG schützt dabei nicht die einträglichste Nutzung des Eigentums. Angesichts des hohen Ranges des Denkmalschutzes und mit Blick auf Artikel 14 Absatz 2 GG muss die Eigentümerin oder der Eigentümer es grundsätzlich hinnehmen, dass ihr oder ihm möglicherweise eine rentablere Nutzung des Grundstücks verwehrt wird. Die denkmalrechtliche Erhaltungspflicht findet für eine private Denkmaleigentümerin oder einen privaten Denkmaleigentümer im Hinblick auf die durch das Denkmalschutzgesetz erfolgte Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums im Sinne von Artikel 14 Absatz 1 Satz 2 GG ihre Grenze im Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die Erhaltung eines Denkmals unzumutbar, wenn selbst ein dem Denkmalschutz aufgeschlossener Eigentümer von diesem keinen vernünftigen Gebrauch machen und es auch nicht veräußern kann, so dass die Privatnützigkeit nahezu vollständig beseitigt und aus dem Eigentumsrecht eine Last wird, die der (private) Eigentümer allein im öffentlichen Interesse zu tragen hat, ohne dafür die Vorteile einer privaten Nutzung genießen zu können (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 2. März 1999 – 1 BvL 7/91, juris Rn. 85). Die Rechtsposition der oder des Betroffenen nähert sich damit einer Lage, in der sie den Namen „Eigentum“ nicht mehr verdient und dann nicht mehr zumutbar ist. In Ausnahmefällen, etwa wenn die Denkmalbedeutung besonders gering ist, setzt sich das öffentliche Erhaltungsinteresse gegenüber dem privaten Interesse an der Vermeidung einer unzumutbaren Eigentumsbeeinträchtigung überhaupt nicht durch, so dass sogar ein Verzicht auf die behördliche Maßnahme oder eine Erlaubnis zur Beseitigung des Denkmals in Betracht kommt. Wenn hingegen die hohe Bedeutung des Denkmals und damit das öffentliche Interesse an seiner unveränderten Erhaltung eine Einschränkung der Denkmalaussage nicht zulassen, die Erhaltung der Eigentümerin oder dem Eigentümer zugleich aber wirtschaftlich nicht zumutbar ist, kann die Verhältnismäßigkeit der sich daraus ergebenden Eigentumsbeeinträchtigung, abgesehen von der Möglichkeit einer Enteignung (§ 30 DSchG NRW a.F., jetzt: § 33 DSchG NRW), nur durch die Zahlung einer die Unzumutbarkeit beseitigenden Entschädigung (§ 33 DSchG NRW a.F., jetzt: § 34 DSchG NRW) oder durch die Übernahme des Denkmals gegen Entschädigung zum Verkehrswert (§ 31 DSchG NRW a.F., jetzt: § 32 DSchG NRW) hergestellt werden. In einem solchen Fall kann die

Denkmalbehörde ihren gesetzlichen Auftrag nur erfüllen, wenn sie über den Erlass einer Erhaltungsanordnung oder über die Ablehnung beantragter Veränderungs- oder Abbruchbegehren hinaus dem Denkmaleigentümer eine Entschädigung oder die Übernahme des Denkmals anbietet. Aus Artikel 14 GG folgt, dass dies nicht im Belieben der Denkmalbehörden steht, sondern dass ggf. ein Anspruch des Eigentümers auf Entschädigung oder Übernahme begründet ist, der sich im Übrigen nicht auf bloße Zuschüsse im Rahmen des Denkmalförderungsprogramms (§ 36 DSchG NRW a.F., jetzt: § 35 DSchG NRW; auch § 35 Abs. 2 Satz 2 DSchG NRW a.F. ist im Rahmen der §§ 31, 33 DSchG NRW a.F. nicht anwendbar) erschöpft (OVG NRW, Urteil vom 20. März 2009 – 10 A 1406/08).

1.2

Denkmäler im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts

Juristische Personen des öffentlichen Rechts, mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften (OVG NRW, Urteil vom 27. Juni 2013 – 2 A 2668/11, juris Rn. 77), unterliegen nicht dem Grundrechtsschutz aus Artikel 14 GG, sodass für diese bei der Bemessung der Zumutbarkeit eine sich ausschließlich an einer Wirtschaftlichkeitsberechnung orientierende Betrachtungsweise nicht vorgenommen werden kann. Aufgrund des in Artikel 18 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950 (GV. NRW. S. 127) in der jeweils geltenden Fassung verankerten Auftrags an das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Kultur zu schützen, besteht insoweit eine erhöhte denkmalrechtliche Einstandspflicht. Die gesteigerte denkmalrechtliche Erhaltungspflicht gilt grundsätzlich auch bei staatlichem Handeln der oben genannten Körperschaften in privatrechtlich organisierter Form und bei Unternehmen mit staatlichen Mehrheitsbeteiligungen (zum Beispiel bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften). Bestärkt wird dies noch durch die Regelung in § 1 Absatz 2 DSchG NRW, wonach der Denkmalschutz und die Denkmalpflege dem Land Nordrhein-Westfalen, den Denkmalfachämtern sowie den Gemeinden und den Gemeindeverbänden nach Maßgabe des DSchG NRW obliegen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Gemeindefinanzen nach § 10 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung (im Folgenden kurz: GO NRW) gesund bleiben müssen und die stetige Aufgabenerfüllung der Gemeinde gesichert sein muss (§ 75 Absatz 1 GO NRW). Eine Gemeinde kann sich für die Unzumutbarkeit des Erhalts eines Denkmals auf die Selbstverwaltungsgarantie (Artikel 28 Absatz 2 GG) und insbesondere auf ihre kommunale Finanzhoheit berufen. Eine Unzumutbarkeit des Erhalts eines Denkmals liegt vor, wenn die durch die Aufgaben des Denkmalschutzes verursachte Bindung von Haushaltsmitteln der Gemeinde dazu führt, dass sie ihre eigenen Aufgaben nicht mehr erfüllen kann (Sächsisches Oberverwaltungsgericht, Urteil vom 24. September 2015 – 1 A 467/13, juris Rn. 21).

2

Objektive Kriterien

2.1

Denkmal mit eigenem wirtschaftlichem Ertragswert

Bei einem Denkmal, für das, gegebenenfalls nach einer Nutzbarkeitsprognose, ein Ertragswert nicht ausgeschlossen erscheint, ist zur Beurteilung der Zumutbarkeit einer Erhaltung oder eines denkmalrechtlich bedingten Mehraufwandes eine denkmalbezogene Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchzuführen, die durch die Auswertung einer von der oder dem Verfügungsberechtigten abzufordernden Wirtschaftlichkeitsberechnung mit den unter Nummer 2.1.1 benannten inhaltlichen Mindestanforderungen erfolgt. Hierfür ist das von der Obersten Denkmalbehörde vorgegebene Prüfschemata zu verwenden (Anlage). Ist das Denkmal Teil einer wirtschaftlichen Einheit mit weiteren ertragsfähigen Objekten oder Flächen des betroffenen Grundstücks, die selbst nicht notwendig dem Denkmalstatus unterfallen müssen,

so sind diese in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einzubeziehen. Wird ein Denkmal von der oder dem Verfügungsberechtigten durch Grundstücksteilungen oder andere grundstücksbezogene Maßnahmen aus der wirtschaftlichen Einheit isoliert oder in ihrer wirtschaftlichen Nutzungsfähigkeit beschränkt, so ist die Einnahmesituation für das Denkmal so anzunehmen, als wenn die isolierenden Maßnahmen nicht stattgefunden haben.

2.1.1

Inhaltliche Anforderungen an eine Wirtschaftlichkeitsberechnung

2.1.1.1

Kosten der Erhaltung und Bewirtschaftung des Denkmals

1. Soweit zur Erhaltung oder wirtschaftlichen Nutzung eines Denkmals neben den laufenden Instandhaltungskosten weitergehende Investitionen in das Denkmal erforderlich werden, sind die voraussichtlichen Investitionskosten zu ermitteln und darzustellen. Hierfür ist eine konkrete Planung zugrunde zu legen. Dazu muss sich die oder der Verfügungsberechtigte (vorläufig) auf eine bestimmte denkmalverträgliche Nutzung mit oder ohne bauliche Veränderungen festlegen, auch wenn dieser eine Beseitigung des Denkmals anstrebt. Dabei bedarf es nicht zwingend der Erstellung eines Wirtschaftlichkeitsgutachtens, da dessen Kosten für die Eigentümerin oder den Eigentümer die denkmalbedingten Lasten wiederum vergrößern. Es müssen jedoch in einer Wirtschaftlichkeitsrechnung alle relevanten Faktoren in nachvollziehbarer Weise ermittelt und bewertet werden. Dies ist nur möglich, wenn zuvor deutlich wird, welche Nutzung für das Denkmal seitens der Eigentümerin oder des Eigentümers angestrebt wird. Denn für eine Übernahme des Denkmals nach § 32 DSchG NRW muss die Denkmaleigentümerin oder der Denkmaleigentümer drei Varianten prüfen und die wirtschaftliche Unzumutbarkeit für jede von ihnen darlegen. Neben dem bloßen Behalten des Denkmals, dies betrifft den Ausnahmefall von Denkmälern die einer Nutzung nicht zugänglich sind, sind dies die Nutzung in der bisherigen Weise und die Nutzung in einer anderen zulässigen Art. Ohne ein Konzept, das zumindest im Ansatz erkennen lässt, in welcher Weise das Denkmal genutzt wird oder genutzt werden soll, kann die Eigentümerin oder der Eigentümer ihrer oder seiner Darlegungspflicht nicht nachkommen und es kann nicht beurteilt werden, ob und gegebenenfalls welche Investitionen getätigt werden müssen und welche Erträge den Investitionen voraussichtlich gegenüberstehen werden (OVG NRW, Beschluss vom 22. August 2007 – 10 B 3453/06). Auch wenn die Eigentümerin oder der Eigentümer nicht gezwungen werden kann, hohe Kosten für eine alle Nutzungsmöglichkeiten ermittelnde Begutachtung auf sich zu nehmen, muss sie oder er gewünschte Nutzungen und die dafür erforderlichen Investitionen doch zumindest ansatzweise ermitteln. Überwiegend spricht auch für die Annahme, dass sie oder er dabei auf der Hand liegende, sich auch Laien aufdrängende Nutzungsmöglichkeiten in ihre oder seine Überlegungen einzubeziehen hat. So etwa die Umnutzung einer gewerblichen Immobilie für Wohnzwecke oder die Veräußerung von Teilen eines großen Betriebsgrundstücks, um auf diese Weise Mittel für eine denkmalgerechte Restaurierung des Baudenkmals gewinnen zu können. Solange dies nicht erfolgt ist, muss weder die Behörde von sich aus ein Nutzungskonzept ermitteln noch ist das Gericht gegebenenfalls gezwungen, dies im Wege der Beweisaufnahme zu tun. Hat die Eigentümerin oder der Eigentümer allerdings ein Nutzungskonzept zumindest ansatzweise erstellt, kann sie oder er einen umfassenden Beratungsanspruch gegenüber der Behörde geltend machen (OVG NRW, Urteil vom 20. März 2009 – 10 A 1406/08, juris Rn. 67). Zur Darlegung der voraussichtlichen Investitionskosten ist grundsätzlich die Vorlage einer detaillierten und fachtechnisch prüfbaren Kostenberechnung nach der DIN 276:2018-12 (notwendiger Mindeststandard der Aufgliederung nach Gewerken und Kosten) erforderlich.

2. Die voraussichtlichen Investitionskosten sind als jährliche Finanzierungskosten für das Investitionskapital auszuweisen. Hierbei ist ein marktüblicher Zinssatz für ein entsprechendes Kapitaldarlehen in Ansatz zu bringen (Fremdkapitalzinsen). Das gilt auch dann, wenn die oder der Verfügungsberechtigte das Investitionskapital ohne eine Kreditaufnahme finanzieren kann (Eigenkapitalzinsen) oder Gründe in der Person der oder des Verfügungsberechtigten vorliegen, die einer Kreditaufnahme im Einzelfall entgegenstehen (objektivierte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung). Bei den Finanzierungskosten sind die Aufwendungen für die Darlehenstilgung nicht zu berücksichtigen, da diese eine Vermögensvermehrung zur Folge haben. Ebenso ist darauf zu achten, dass die Erwerbskosten für das Grundstück nicht mit einbezogen werden, da diese Kosten unabhängig von denkmalrechtlichen Bindungen entstehen und sich nicht als Kosten der Erhaltung darstellen.
3. Als Kosten der Bewirtschaftung eines Denkmals kommen die laufenden Instandhaltungskosten, Rückstellungen für größere Reparaturen oder Substanzverlust, das Mietausfallwagnis, Verwaltungskosten und Betriebskosten in Betracht.
4. Von der voraussichtlichen Investitionssumme sind bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Denkmal etwaige Versicherungsleistungen für eingetretene Schäden abzuziehen (für Leistungen aus einer Feuerchutzversicherung Verwaltungsgericht Berlin, Urteil vom 22. Mai 2002 – 16 A 368.97, juris, Rn. 32 und OVG NRW, Urteil vom 27. Juni 2013 – 2 A 2668/11, juris Rn. 91).
5. Auf Erhaltungskosten, die auf das pflichtwidrige Unterlassen von Instandhaltungsmaßnahmen am Denkmal zurückzuführen sind, können sich die Eigentümerin oder der Eigentümer nicht berufen (§ 7 Absatz 2 Satz 5 DSchG NRW). Diese Kosten sind im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von den erforderlichen Investitionskosten abzuziehen. Das Verhalten der Rechtsvorgängerin oder des Rechtsvorgängers ist dabei der Antragstellerin oder dem Antragsteller in der Regel zuzurechnen (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 18. Oktober 2010 – 1 B 06.63). Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Erwerberin oder der Erwerber zum Zeitpunkt des Kaufs Kenntnis von den Schäden hatte oder der Kaufpreis deutlich unter dem Verkehrswert lag. Die Anrechnung erfolgt, soweit möglich, konkret (zum Beispiel bei Schäden am Dachstuhl aufgrund eines undichten Daches), ansonsten hilfsweise in Höhe von 1 Prozent der Sanierungskosten entsprechend der Abschreibungsregelung in § 25 Absatz 2 der Zweiten Berechnungsverordnung vom 12. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2178) in der jeweils geltenden Fassung (im Folgenden kurz: II. BV; Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 12. August 2015 – 1 B 12.79, juris, Rn. 23).
6. Vorbehaltlich anderer Nachweise der oder des Verfügungsberechtigten für die Berechnung der Bewirtschaftungskosten können die §§ 24ff. II. BV in der jeweils gültigen Fassung analog herangezogen werden.

2.1.1.2

Erträge und Gebrauchsvorteile aus dem Denkmal

Die darzustellenden Erträge oder Gebrauchsvorteile aus dem Denkmal müssen nachhaltig erzielbar sein. Hierbei handelt es in erster Linie um zu erwartende Miet- und Pachtzinseinnahmen für realisierbare Wohn- und Gewerbeflächen im Denkmal. Sofern ein Mietspiegel vorliegt, sollte dieser herangezogen werden. In Abhängigkeit von der wohnungswirtschaftlichen Qualität des Denkmals und dem Sanierungsumfang können gegebenenfalls Mieten für einen Neubau angesetzt werden. Soweit Verfügungsberechtigte ihr Denkmal selbst nutzen wollen, sind als Gebrauchsvorteil fiktiv die erzielbaren Erträge anhand der ortsüblichen Vergleichsmiete sowie die denkmalspezifischen Steuervorteile anzusetzen. Hierbei können im Rahmen der Bewirtschaftungskosten die Betriebskosten, jedoch keine Verwaltungskosten und kein Mietausfallwagnis Berücksichtigung finden. Ist das Denkmal Teil einer wirtschaftlichen Einheit mit weiteren ertragsfähigen Objekten oder Flächen des betroffenen

Grundstücks (siehe Nummer 2.1), so sind diesbezügliche Erträge unter Abzug der Investitions- und Bewirtschaftungskosten als Einnahmen in der Wirtschaftlichkeitsberechnung zu berücksichtigen.

2.1.1.3

Zuwendungen aus öffentlichen oder privaten Finanzmitteln

Einmalige, verbindlich zugesagte staatliche oder private Zuwendungen und Zuschüsse für das Schutzobjekt sind in der Wirtschaftlichkeitsberechnung sanierungs- oder investitionskostenmindernd zu berücksichtigen. Kommt ein rechtsverbindlicher Zuwendungsbescheid, eine Zusage hierzu oder eine vertragliche Absprache – insbesondere mit privaten Förderstiftungen – nur dadurch nicht zustande, dass die oder der Verfügungsberechtigte oder die Veranlasserin oder der Veranlasser trotz Aufforderung keine entsprechenden Antragsunterlagen eingereicht oder andere Mitwirkungsakte in zurechenbarer Weise unterlassen hat, so muss sie oder er sich den Zuwendungsbetrag für den Zeitpunkt anrechnen lassen, an dem sie oder er die Mittel bei ordnungsgemäßer Antragstellung beziehungsweise Mitwirkung hätte in Anspruch nehmen können.

2.1.1.4

Steuerliche Begünstigungen

Die steuerlichen Begünstigungen umfassen alle Vorschriften, die für Aufwendungen an Schutzobjekten Steuervorteile vorsehen. Ein Steuervorteil entsteht, wenn sich infolge der Inanspruchnahme einer steuerlichen Begünstigung die festzusetzende Steuer mindern würde. Unerheblich ist, ob die Steuervorteile tatsächlich in Anspruch genommen werden. Die möglichen Steuervorteile sind auf der Einnahmeseite der Wirtschaftlichkeitsberechnung nach Nummer 2.1 auszuweisen. Die Denkmalbehörde beschränkt ihre Prüfung zur Berücksichtigung von steuerlichen Vorteilen auf die explizit für Denkmale vorgesehenen steuerlichen Begünstigungstatbestände in den §§ 7i, 10f, 10g und 11b des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 108) geändert worden ist (im Folgenden kurz: EStG). Diese Beschränkung gilt auch dann, wenn daneben weitere steuerliche Begünstigungen in Anspruch genommen werden (zum Beispiel § 35c EStG). Soweit die Eigentümerinnen und Eigentümer entgegen ihrer materiellen Darlegungspflicht keine hinreichenden Angaben zur Ermittlung der Steuervorteile machen, ist vom maximalen Steuersatz des Einkommensteuergesetzes auszugehen (Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 17. September 2008 – 2 B 3.06, juris Rn. 47). Absehbare persönliche Veränderungen bei der Steuerbelastung sind zu berücksichtigen (zum Beispiel: Renteneintritt). Macht eine Antragstellerin oder ein Antragsteller geltend, keine steuerlichen Vergünstigungen in Anspruch nehmen zu können, ist dies durch eine Nichtveranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes nachzuweisen.

2.1.1.5

Anderweitige Kompensationen

Kompensationen sind alle rechtlichen und tatsächlichen Vorteile, die der oder dem Verfügungsberechtigten zur Erleichterung des denkmalrechtlich bedingten Erhaltungsaufwandes eingeräumt werden, ohne dass sie oder er auf deren Durchsetzung bereits einen eigenständigen, von der Zumutbarkeitsbeurteilung losgelösten, Anspruch hätte. In der Wirtschaftlichkeitsberechnung sind Kompensationen sanierungs- oder investitionskostenmindernd oder über zusätzliche Einnahmesituationen zu berücksichtigen.

2.1.1.6

Zurechnung erhöhten Erhaltungsaufwandes

Erhaltungskosten, die auf das pflichtwidrige Unterlassen von Instandhaltungsmaßnahmen am Denkmal zurückzuführen sind, sind im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsbeurteilung von den erforderlichen Investitionskosten ab-

zuziehen. Die Pflicht zu Erhaltungsmaßnahmen kann auch aus sonstigem öffentlichen Recht folgen und daher schon vor dem Wirksamwerden einer Erhaltungspflicht nach §§ 7, 12 oder 14 DSchG NRW bestanden haben. So ergibt sich diese Pflicht beispielsweise aus dem Gefahrenabwehrrecht, insbesondere § 3 der Landesbauordnung 2018 vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421) in der jeweils geltenden Fassung, oder dem besonderen Städtebaurecht, insbesondere aufgrund von Sanierungs- und Erhaltungssatzungen sowie städtebaulichen Geboten nach § 177 des Baugesetzbuchs vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in der jeweils geltenden Fassung.

2.1.2

Bewertung der Unwirtschaftlichkeit

Ein unwirtschaftlicher Erhaltungsaufwand ist erst dann gegeben, wenn die oder der Verfügungsberechtigte die Verpflichtung aus den mit dem Denkmal erzielten Einnahmen nicht erfüllen kann, ohne ihr oder sein sonstiges Vermögen anzugreifen. Die Wirtschaftlichkeit der Erhaltung ist anhand eines Prognosezeitraums zu betrachten, der sich an dem nach dem anwendbaren steuerlichen Begünstigungstatbestand geltenden Begünstigungszeitraum orientiert. Im Saldo müssen die Erträge aus dem Denkmal die Kosten der Erhaltung und Bewirtschaftung in jedem Jahr des Prognosezeitraums übersteigen. Eine Baukostenvergleichsberechnung zwischen den Sanierungskosten für das Denkmal und den Abbruch- und Neubaukosten für einen in Maßstab, Volumen und Nutzung vergleichbaren Neubau ist nicht geeignet, um die Zumutbarkeit der Erhaltung eines Schutzobjektes abschließend zu beurteilen (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 18. Oktober 2010 – 1 B 06.63, juris Rn. 44).

2.2

Denkmal ohne eigenen wirtschaftlichen Ertragswert

Weist ein Denkmal für sich genommen keinen wirtschaftlichen Ertragswert auf, wie dies bei Bodendenkmälern in der Regel der Fall ist, so muss auf die Ertragsfähigkeit des Bodens abgestellt werden oder sich anhand des von denkmalrechtlichen Bindungen tangierten Nutzungsvorhabens auf dem Boden orientiert werden. Hierbei sind regelmäßig die Bruttoeinnahmen des investiven Gesamtprojektes dem Beitrag für den Denkmalschutz als betriebswirtschaftlicher Kostenfaktor gegenüberzustellen. Die Kriterien nach den Nummern 2.1.1.3 bis 2.1.1.5 sind bei der Bemessung des Beitrags für den Denkmalschutz entsprechend zu berücksichtigen.

3

Subjektive Kriterien

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der oder des Verpflichteten ist grundsätzlich kein geeignetes Kriterium zur Beurteilung der Zumutbarkeit. Eine Ausnahme gilt insoweit, als bei der Berücksichtigung von Möglichkeiten zur Inanspruchnahme steuerlicher Vergünstigungen (§ 7 Absatz 2 Satz 3 DSchG NRW) die Einkommensverhältnisse des Verfügungsberechtigten relevant werden können (siehe Nummer 2.1.1.4). Die Art und Weise des Erwerbs eines Denkmals kann als subjektives Kriterium bei der Beurteilung der Zumutbarkeit heranzuziehen sein. Erfolgen unerlaubte Eingriffe in ein Denkmal, die Maßnahmen zur Erhaltung, fachgerechten Instandsetzung oder zur Bergung und Dokumentation notwendig machen oder in ihrem Umfang erweitern, kann die oder der Verfügungsberechtigte oder die Veranlasserin oder der Veranlasser insoweit nicht die Unzumutbarkeit geltend machen (siehe auch § 7 Absatz 2 Satz 5 DSchG NRW).

4

Darlegungs- und Beweislast

Der oder dem Verfügungsberechtigten obliegt die Darlegungs- und Beweislast für die Unzumutbarkeit ihrer oder seiner Erhaltungspflicht. Dies umfasst die Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung mit den Anforderungen nach Nummer 2.1.1, die an einer erlaubnisfähigen und auf rentable Nutzungen ausgerichteten Investitionsplanung orientiert sein muss. Hält die oder der Verfügungsberechtigte sich objektiv für das Denkmal

anbietende Nutzungsformen für nicht realisierungsfähig (zum Beispiel aufgrund fehlender Nutzungsinteressen), so hat sie oder er dies durch erfolglos gebliebene Aktivitäten und Bemühungen um Vermarktung und Verwertung oder gegebenenfalls durch Prognosen und Analysen zum potentiellen Nutzerkreis nachzuweisen. Ein fehlendes Nutzungs- oder Verwertungssinteresse der oder des Verfügungsberechtigten ist für die Nutzungsprognose nicht relevant. Erst wenn sie oder er darlegt, dass trotz solcher Bemühungen das mit dem Denkmal belegene Grundstück nicht mit nennenswertem wirtschaftlichem Erfolg zu bewirtschaften sei, ist es Aufgabe der Denkmalbehörde, zumutbare Alternativkonzepte aufzuzeigen. Lässt sich eine wirtschaftlich auskömmliche Nutzung des Grundstücks unter Beibehaltung des Denkmals nicht darstellen, so bedarf es für die Annahme wirtschaftlicher Unzumutbarkeit auch des Nachweises, dass keine realistische Veräußerungsmöglichkeit für das Grundstück mehr existiert (siehe Nummer 1). Hierfür sind von der oder dem Verfügungsberechtigten Belege für eine über einen längeren Zeitraum erfolgte Vermarktung des Grundstücks vorzulegen. Ein über die wirtschaftlichen Belange hinausgehendes schützenswertes Affektionsinteresse der Eigentümerin oder des Eigentümers an einer von den Anforderungen des Denkmalschutzes unbelasteten Nutzung des Grundstücks ist bei einer im Vordergrund stehenden wirtschaftlichen Nutzungsabsicht regelmäßig nicht anzunehmen (OVG NRW, Urteil vom 4. Mai 2009 – 10 A 699/07, juris Rn. 46; OVG NRW, Urteil vom 13. September 2013 – 10 A 1069/12, juris, Rn. 48). Ist ein Denkmal so stark beschädigt, dass es nicht erhalten werden kann, besteht ein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Abbrucherlaubnis nach § 9 Absatz 1 und 3 DSchG NRW. Wird die Abbrucherlaubnis erteilt, hat die Antragstellerin oder der Antragsteller die vorherige Dokumentation des Denkmals sicherzustellen und die dafür anfallenden Kosten im Rahmen des Zumutbaren zu tragen (§ 27 Absatz 1 DSchG NRW). Kann die Erhaltungsfähigkeit nicht von vorneherein beurteilt werden, bedarf es grundsätzlich einer mit der Denkmalbehörde abgestimmten detaillierten Schadenskartierung (OVG NRW, Urteil vom 2. März 2018 – 10 A 1404/16, juris, Rn. 46). Je nach Beschaffenheit und Erhaltungszustand des Denkmals ist hierzu in der Regel eine bauteilgenaue Untersuchung erforderlich, in der die erhaltungsfähigen und zu ersetzenden Bauteile zeichnerisch dargestellt und in einer Bilanzierung zusammengefasst werden. Die Nachweis- und damit auch Kostentragungspflicht, dass das Denkmal nicht erhaltungsfähig ist, obliegt der Eigentümerin oder dem Eigentümer.

5

Inkrafttreten

Dieser Runderlass tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Muster des Prüfschemata nach Nummer 2.1 der Verwaltungsvorschrift zur Prüfung der Zumutbarkeit nach dem nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetz (VV Zumutbarkeit DSchG NRW)

Denkmalbezogene Wirtschaftlichkeitsberechnung für Schutzobjekte mit eigenem wirtschaftlichen Ertragswert
(Jahresbetrachtung anhand voraussichtlich durchzuführender Investitionsmaßnahmen)

Denkmalobjekt:	
zuständige Untere Denkmalbehörde:	
Eintragung in die Denkmalliste (Datum):	

Bauherrschaft:	
Fläche Wohnung/Gewerberäume in m ² :	

1 Kosten der Erhaltung (Nummer 2.1.1.1 VV Zumutbarkeit DSchG NRW)	
1.1	<p>(voraussichtliche) Investitionskosten (in Euro gerundet) zur Herstellung der wirtschaftlichen Ertragsfähigkeit (einschließlich Baunebenkosten und ggf. Risikopauschale, ohne Grunderwerbskosten)</p> <p>Hinweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Erforderlich: Kostenberechnung nach DIN 276:2018-12 zum Nachvollzug (siehe Nummer 2.1.1.1 Ziffer 1 der VV Zumutbarkeit DSchG NRW) – Herstellung der wirtschaftlichen Ertragsfähigkeit: Bei der Beurteilung der Kostenberechnung ist darauf zu achten, dass keine überdimensionierten Ausbau- beziehungsweise Nutzungskonzepte zugrunde gelegt werden (vergleiche VG München, Urteil v. 25.04.2002 - 11 K 01.3201 - EzD 2.2.6.1. Nr. 18) – Risikopauschale: Ein prozentualer Aufschlag für nicht vorhergesehene Arbeiten (Risikopauschale) ist vom Grad der bisherigen Bestandsuntersuchung abhängig. Ist das Schutzobjekt ein größeres Bauwerk und bisher wenig bis nicht untersucht, kann eine Risikopauschale von bis zu 10 Prozent der insgesamt ermittelten Baukosten angesetzt werden.
1.2	<p>abzüglich:</p> <p>Mehrkosten infolge Unterlassens erforderlicher Erhaltungsmaßnahmen nach DSchG NRW oder sonstigem öffentlichen Recht (Minimum: Summe der Jahresbeträge nach Nummer 2.1 seit pflichtwidrigem Unterlassen)</p> <p>Hinweis:</p> <p>Unklarheiten über den zeitlichen Abgrenzungszeitraum zwischen zurechenbarem und nicht zurechenbarem Instandhaltungsrückstau beziehungsweise Vernachlässigungsschäden gehen wegen der Darlegungslast des Verfügungsberechtigten zu dessen Lasten (vgl. OVG Rheinland-Pfalz BauR 2005, 535).</p>
1.3	<p>abzüglich:</p> <p>staatliche und private Zuwendungen oder Zuschüsse zur Investitionsmaßnahme (einschließlich begründete Aussicht auf Zuwendung, wenn eine verbindliche Förderzusage lediglich an Mitwirkungsakten des Verfügungsberechtigten scheitert)</p>
1.4	<p>abzüglich:</p> <p>Leistungen durch eine Versicherung für eingetretene Schäden am Schutzobjekt</p>

	<p>Hinweis: Versicherungsleistungen, die für Schädigungen des Schutzobjektes an die Verfügungsberechtigte oder den Verfügungsberechtigten ausgereicht werden, sind investitionskostenmindernd zu berücksichtigen, zum Beispiel Feuerschutzversicherung (vgl. VG Berlin, Urteil v. 22.05.2002 16 A 368/97, EzD 2.2.6.1. Nr. 19; VG Frankfurt (Oder), Beschluss v. 1. Dezember 2006 - 7 L 198/06 -).</p>
1.5	<p>abzüglich: eingräumter Kaufpreinsnachlass beim Grundstückerwerb wegen denkmalrechtlicher Erfordernisse</p>
1.6	<p>abzüglich: Finanzierungskosten (Zinszahlung p. a. ohne Berücksichtigung von Tilgungsleistungen unter Zugrundelegung eines marktüblichen Zinssatzes) für Investitionskapital nach Nummer 1.1 (gegebenenfalls unter Abzug der Beträge nach Nummern 1.2 bis 1.5) dieser Anlage</p>
2	<p>Kosten der Bewirtschaftung (Nummer 2.1.1.1 VV Zumutbarkeit DSchG NRW)</p> <p>Hinweis: Soweit es sich um kleinere, vor einer Vermietung vollständig zu sanierende Schutzobjekte handelt, ist es vorbehaltlich der Vorlage dezidierter Nachweise zulässig, die Bewirtschaftungskosten mit 15 Prozent der Jahresmieteinnahmen anzusetzen.</p>
2.1	<p>Laufende Instandhaltungskosten (Quantifizierung durch Pauschalansatz nach der II. BV möglich)</p>
2.2	<p>Rückstellungen für größere Reparaturen oder Substanzverlust (Quantifizierung durch Pauschalansatz nach der II. BV möglich)</p> <p>Hinweis: Bei der Position Rückstellungen für größere Reparaturen beziehungsweise Substanzverlust (§ 25 Absatz 2 II. BV) ist darauf zu achten, dass die Bezugsgröße zu 1 Prozent kumulativ die Investitionskosten und den Wert des Altbaus umfasst.</p>
2.3	<p><u>nur bei Nutzungsüberlassung an Dritte:</u> Mietausfallwagnis (Quantifizierung durch Pauschalansatz nach der II. BV möglich)</p> <p>Hinweis: Ausnahmsweise kann das Mietausfallwagnis (§ 29 II. BV) auf bis zu 5 Prozent der Jahreseinnahmen erhöht werden, wenn der Verfügungsberechtigte eine im Landesvergleich überdurchschnittlich hohe Leerstandsquote für den örtlichen Gewerberaum- oder Wohnungsmarkt nachweisen kann.</p>
2.4	<p><u>nur bei Nutzungsüberlassung an Dritte:</u> Verwaltungskosten (Quantifizierung durch Pauschalansatz nach der II. BV möglich)</p> <p>Hinweis: Das Entstehen von Verwaltungskosten und Betriebskosten ist durch den Verfügungsberechtigten näher zu begründen.</p>
2.5	<p><u>nur bei Eigennutzung oder fehlender Möglichkeit zur Umlage auf Nutzungsberechtigte:</u> Betriebskosten (Quantifizierung durch individuelle Kostenaufstellung nach der Betriebskostenverordnung erforderlich)</p> <p>Hinweis:</p>

	Betriebskosten können nur dann berücksichtigt werden, wenn ihre Umlage auf Nutzungsberechtigte nicht in Betracht kommt.
3	Erträge oder Gebrauchsvorteile (Nummer 2.1.1.2 VV Zumutbarkeit DSchG NRW)
3.1	<p>Ortsübliches Entgelt für die Nutzungsüberlassung zu Wohn- oder Gewerbebezwecken an Dritte unter Zugrundelegung der nach Sanierung erzielbaren Nutzfläche des Baudenkmals (Nummer 2.1.1.2 VV Zumutbarkeit DSchG NRW)</p> <p>Hinweis:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Soweit in die Wirtschaftlichkeitsberechnung Kosten einer Sanierungs- oder Umbaumaßnahme für das Schutzobjekt Eingang finden, sind die realisierbaren Nutzflächen nicht anhand des Ist-Zustandes des Schutzobjektes, sondern anhand der baulichen Änderungsmöglichkeiten, die zulässig wären, zu beurteilen. – Die Höhe der Nutzungsentgelte muss den ortsüblich erzielbaren Beträgen unter Beachtung vorhandener Mietspiegel entsprechen. – Schwierige Vermietungslagen werden über die Position „Mietausfallwagnis“ berücksichtigt.
3.2	<p>Einnahmen nach Nummer 3.1 - ggf. unter Abzug von Beträgen nach Nummern 1.6 und 2 - dieser Anlage aus weiteren ertragsfähigen Objekten oder Flächen, die sich mit dem Schutzobjekt in wirtschaftlicher Einheit befinden (Nummer 2.1.1.2 VV Zumutbarkeit DSchG NRW)</p> <p>Hinweis:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die wirtschaftliche Einheit kann sich aus dem historisch vermittelten oder aktuellen funktionellen Zusammenhang von Objekten und Flächen ergeben (vgl. OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 16.03.2005 - 2 L 272/02; VGH Mannheim NJW 2003, 2550). – Hat die Eigentümerin oder der Eigentümer neben dem Flurstück mit dem Schutzobjekt weitere benachbarte Flurstücke mit baulichen Anlagen oder für bauliche Erweiterungen erworben, so kann daraus noch nicht auf eine funktionell-wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen dem Schutzobjekt und den weiteren baulichen Anlagen geschlossen werden (vgl. OVG Berlin-Brandenburg v. 17.09.2008 - OVG 2 B 3.06 -). – Die Aufgabe der ursprünglichen Nutzung eines Schutzobjektes ist noch kein Indiz, um von einer Auflösung der wirtschaftlichen Einheit mit den weiteren ursprünglich darauf bezogenen Baulichkeiten auszugehen (zum Beispiel ehemaliges Tankstellengebäude mit Werkstatt und Reihengaragen, vgl. OVG Lüneburg NdsVBl. 2002, 292).
3.3	Steuerersparnis bei bestehender Möglichkeit zur Inanspruchnahme steuerlicher Vorteile nach den §§ 7i, 10f, 10g und 11b EStG
4	Zuwendungen aus öffentlichen oder privaten Finanzmitteln (Nummer 2.1.1.3 VV Zumutbarkeit DSchG NRW)
	<p>Hinweis:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zuwendungen und Zuschüsse sind auch dann - ggf. anteilig - zu berücksichtigen, wenn ihre Zweckbestimmung nicht unmittelbar auf Denkmale bezogene Erhaltungsaufwendungen umfasst, jedoch Erhaltungskosten bei einer Möglichkeit zur Inanspruchnahme gemindert werden können (zum Beispiel CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW, LEADER). – Förderungen mit Zweckbestimmungen, die nicht im Zusammenhang mit Erhaltungsaufwendungen stehen, wie zum Beispiel die als Subjektförderung konzipierte Wohnungseigentumsförderung, werden nicht berücksichtigt.
5	Prüfung nur bei Negativsaldo zwischen den „Erträgen oder Gebrauchsvorteilen“ (Nummer §) und den Kosten nach den Nummern 1.6 und 2: Anderweitige Kompensationen (Nummer 2.1.1.5 VV Zumutbarkeit DSchG NRW)

	<p>Hinweis:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zum Beispiel gezielt mittels Bebauungsplan ermöglichte Einräumung eines Baurechts, das deutlich über das hinausgeht, was vor Inkrafttreten nach dem Maßstab von § 34 BauGB zulässig gewesen wäre (vgl. Bay VGH, Urteil v. 15. Dezember 1992 - 1 B 91.2581- EzD 2.2.6.1. Nr. 3). – Zurücknahme denkmalpflegerischer Standards bei bestimmten Maßnahmen am Denkmal selbst sowie bei Bebauungen in dessen geschützter Umgebung (vgl. VG Berlin v. 22.05.2002 - 16 A 368/97 - EzD 2.2.6.1. Nr. 19: Zustimmung zum Abriss von denkmalgeschützten Hofgebäuden zur Schaffung von Baufreiheit für Neubebauungen).
6	<p><u>Prüfung nur bei Negativsaldo zwischen den „Erträgen oder Gebrauchsvorteilen“ (Nummer 3) und den Kosten nach den Nummern 1.6 und 2:</u></p> <p>Erwerbsumstände (Nummer 3 VV Zumutbarkeit DSchG NRW; zum Beispiel Kenntnis der Denkmaleigenschaft, Instandsetzungsbedürftigkeit bei Erwerb oder sonstige Erwerbsumstände)</p> <p>Hinweis:</p> <p>Eine Erweiterung des Zumutbarkeitsrahmens kommt auch in Betracht, wenn ein Schutzobjekt in Kenntnis von dessen Denkmaleigenschaft beziehungsweise Instandsetzungsbedürftigkeit erworben wird und damit bewusst eine Entscheidung für den Eintritt in die Erhaltungspflicht und die Übernahme damit gegebenenfalls verbundener erhöhter Aufwendungen getroffen wurde.</p>

702

Förderrichtlinie Startup Welcome Package NRW

Runderlass
des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie

Vom 8. Juli 2024

1.

Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

Diese Richtlinie dient dem Ziel, internationale kleine und mittelständische Unternehmen (Startups) aus dem Ausland, welche nicht älter als zehn Jahre sind, mit Ansiedlungsinteresse in Nordrhein-Westfalen bei den ersten Schritten des Markteintrittes zu unterstützen.

Hierfür gewährt das Land NRW nach §§ 23, 44 LHO, nach Maßgabe dieser Richtlinie und der Verwaltungsvorschriften zu § 44 in der jeweils geltenden Fassung Zuwendungen für die Akquise von internationalen Startups für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, die Förderung von Kooperationen in Nordrhein-Westfalen sowie die langfristige Stärkung des Startup-Ökosystems in Nordrhein-Westfalen. Dazu ist die Richtlinie als Leistungspaket ausgearbeitet worden, das den Startups, die eine Ansiedlung in NRW anstreben, eine unmittelbare Einbindung mit den lokalen und für sie relevanten Wirtschaftsakteuren ermöglicht. Zu diesem Leistungspaket zählen die im Folgenden näher beschriebenen Fördermaßnahmen, die über eine Förderlaufzeit von mindestens neunzig Tagen in Anspruch genommen werden können.

Ein Anspruch der Antragstellerin oder des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die NRW.Global Business GmbH als Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Bei der bewilligten Zuwendung nach dieser Förderrichtlinie handelt es sich um eine De-minimis-Beihilfe im Sinne der Verordnung (EU) 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen, ABl. L, 2023/2831 vom 15.12.2023.

2.

Gegenstand der Förderung

Zu dieser Richtlinie zählen die im Folgenden näher beschriebenen Maßnahmen.

2.1

Fördermaßnahme 1: Arbeitsplatz in einem Co-Working Space in Nordrhein-Westfalen

Ein Mitarbeiter beziehungsweise eine Mitarbeiterin des Unternehmens nimmt über einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens neunzig Tage regelmäßig einen Arbeitsplatz in einem Co-Working Space in Nordrhein-Westfalen in Anspruch. Ort und Anbieter sind dabei vom Startup selbst auszuwählen. Die NRW.Global Business GmbH unterstützt bei der Auswahl eines geeigneten Co-Working Spaces.

Technologie- und Gründerzentren können dabei auch in Frage kommen, sofern diese geeignete Co-Working Spaces gemäß den unten definierten Kriterien zur Verfügung haben.

2.2

Fördermaßnahme 2: Kostenübernahme für Beratung / Dienstleistungen durch Dritte

Unter der verpflichtenden Voraussetzung der Inanspruchnahme von Fördermaßnahme 1 kann das Startup unter Fördermaßnahme 2 zusätzliche Beratungs- und sonstige Dienstleistungen in Anspruch nehmen, die es bei seinem Ansiedlungsinteresse und gegebenenfalls Wachstum unterstützen, zum Beispiel

- a) Rechtsberatung für die geplanten Tätigkeiten in Deutschland,

- b) Steuerberatung für die geplanten Tätigkeiten in Deutschland,
- c) Personalberatung, Personalgewinnung,
- d) Vorbereitung auf den Markteintritt oder Etablierung am deutschen Markt,
- e) erster Technologiecheck, zum Beispiel hinsichtlich des Reifegrades und der Abschätzung des Marktpotentials),
- f) Vernetzung mit relevanten Wirtschaftsakteuren innerhalb NRWs, zum Beispiel mit potenziellen Kunden, relevanten Experten oder Multiplikatoren mit dem Ziel der Integration des Startups,
- g) Strategieentwicklung und -implementierung beziehungsweise -anpassung zu verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen des Unternehmens, angefangen bei der Unternehmensstrategie und
- h) sonstige Dienstleistungen zur Unternehmensentwicklung und weiteren Unterstützungen wie Coaching und Mentoring.

3.

Zuwendungsempfängerin oder Zuwendungsempfänger

3.1

Die Förderung richtet sich an Unternehmen, die die nachfolgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllen und zusätzlich durch die NRW.Global Business anhand der Kriterien in Nummer 6.3 ausgewählt werden.

Voraussetzungen für das Unternehmen:

- a) Sie sind nicht älter als zehn Jahre,
- b) sie sind eine im Ausland eingetragene Gesellschaft und erzielen dort bereits Umsätze,
- c) zum Zeitpunkt der Antragsstellung sind sie weder selbst noch über eine Tochtergesellschaft in Deutschland registriert und besitzen keinen Geschäftssitz in Deutschland
- d) sie beschäftigen weniger als 250 Mitarbeitende und erzielten im Vorjahr einen Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro oder erreichten eine Bilanzsumme von nicht mehr als 43 Millionen Euro.

3.2

Das Unternehmen muss das definierte Unabhängigkeitskriterium erfüllen. Als unabhängig gelten Unternehmen, deren Kapital oder Stimmenanteile sich nicht zu 25 Prozent oder mehr im Besitz eines oder mehrerer Unternehmen gemeinsam befinden, die nicht die Voraussetzungen gemäß Nummer 3.1 erfüllen.

4.

Zuwendungsvoraussetzungen

Bei der Inanspruchnahme der Fördermaßnahmen 1 und 2 dieser Förderrichtlinie gilt es, die unter 4.1 und 4.2 beschriebenen Voraussetzungen zu erfüllen. Weitere Kriterien, denen ein Unternehmen entsprechen muss, sind unter 4.3 genannt.

4.1

Der Arbeitsplatz, den das Startup unter Fördermaßnahme 1 beansprucht, sollte sich in einem Co-Working Space befinden. Dabei ist für die Definition als Co-Working Space maßgeblich, dass während der Durchführung der Fördermaßnahme mindestens fünf andere Startups einen tatsächlich genutzten Arbeitsplatz in diesem haben, um einen regelmäßigen Austausch mit anderen Startups und somit eine niedrigschwellige Einbindung in das Nordrhein-Westfälische Startup-Ökosystem zu gewährleisten.

Ein regulärer Arbeitsplatz definiert sich als Mieteinheit, die in regulären Co-Working Spaces üblich ist und angeboten wird. Der Arbeitsplatz sollte Folgendes beinhalten: Tisch mit Stuhl in einem Team- oder Großraumbüro oder in einem separaten Büro innerhalb des Co-Working Spaces, bei Bedarf Zugang zu Seminar- und Versamm-

lungsräumen und Zugang während der gesamten Öffnungszeit des Co-Working Space.

Die Inanspruchnahme von Fördermaßnahme 1 ist verpflichtend für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens neunzig Tage, in denen regelmäßige Präsenzpfllicht eines Mitarbeiters des Startups in Nordrhein-Westfalen besteht. Im Rahmen der Förderhöchstsumme kann diese Zeit auf Wunsch des Startups entsprechend verlängert werden. Die Dauer der Inanspruchnahme kommunal geförderter Co-Working Spaces wird auf die Mindestdauer von neunzig aufeinanderfolgenden Tagen angerechnet.

4.2

Bei der Inanspruchnahme zusätzlicher Beratungs- und sonstiger Dienstleistungen unter Fördermaßnahme 2 ist der Anbieter vom Startup selbst auszuwählen. Dabei ist zu beachten, dass der Anbieter dem deutschen Markt angehören muss. Außerdem sollten eine einschlägige fachliche Kompetenz und die Qualifikation des Anbieters sichergestellt werden. Auf Nachfrage gegenüber der NRW.Global Business GmbH sollte dies beispielsweise anhand relevanter Referenzen nachgewiesen werden können. Die NRW.Global Business GmbH unterstützt bei Bedarf bei der Auswahl der Dienstleistungen.

4.3

Die Zuwendungsvoraussetzungen, die ein Unternehmen erfüllen muss, sind die gemäß 3.1 und 3.2 genannten Kriterien. Öffentliche Institutionen, Messevertreterinnen und Messevertreter, Kammern, Verbände und Cluster sind von der Förderung ausgeschlossen.

5.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

5.1

Fördermaßnahme 1 und Fördermaßnahme 2 können über eine Förderlaufzeit von maximal zwölf Monaten in Anspruch genommen werden.

5.2

Die Förderung bezieht sich auf die Nettobeträge der Rechnungen. Die Förderung kann nur einmalig pro Unternehmen gewährt werden. Ist das Unternehmen nachweislich nicht vorsteuerabzugsberechtigt, gehört der Umsatzsteueranteil der Rechnungen zu den zuwendungsfähigen Ausgaben.

5.3

Die Förderung wird als Projektförderung im Rahmen einer Vollfinanzierung mit einem Höchstbetrag von 10000 Euro je Unternehmen gewährt, wobei sich das jeweilige Unternehmen verpflichtet, höchstens den marktüblichen Preis zu zahlen.

6.

Antragsverfahren

6.1

Informationen über die Förderung „Startup Welcome Package NRW“ erteilt die NRW.Global Business GmbH, die als Trägerin auf der Grundlage eines zwischen ihr und dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen abgeschlossenen Beleihungsvertrages die Zuwendungen im eigenen Namen und in der Handlungsform des öffentlichen Rechts (Verwaltungsakt) bewilligt.

6.2

Der Antrag auf Förderung muss spätestens zwei Monate vor Beginn des Vorhabens elektronisch erstellt sein und der NRW.Global Business GmbH in Schriftform vorliegen.

Zur Antragstellung legt das Startup der NRW.Global Business GmbH gemäß der oben genannten Bewerbungsfrist die folgenden Antragsunterlagen vor:

a) Antragsformular (Anlage 1),

b) Nachweis, dass es sich um eine im Ausland bereits eingetragene Gesellschaft handelt. Gefragt ist hier ein Auszug aus dem Handelsregister oder eine vergleichbare Bescheinigung,

c) unterschriebene De-minimis-Erklärung (Anlage 2),

d) Entwurf eines Kostenplans (Anlage 3) und

e) Eine kurze Präsentation des Unternehmens, sogenanntes Pitch Deck

Sollten die oben genannten Unterlagen bei der Antragstellung nicht vollständig vorliegen, wird die Bewerbung nicht weiter berücksichtigt.

6.3

Bei der Auswahlentscheidung prüft die NRW.Global Business, ob die Startups die folgenden Kriterien erfüllen:

a) hoher Innovationsgrad des Geschäftsmodells und Skalierbarkeit,

b) Technologie-getriebene Geschäftsidee,

c) die klare Absicht haben, längerfristig auf dem deutschen Markt tätig zu sein und in Nordrhein-Westfalen ein Unternehmen oder einen Unternehmenssitz zu gründen,

d) mögliche positive Effekte für den Wirtschaftsstandort NRW durch die Ansiedlung und

e) die auf die Nachhaltigkeitsziele der Landesregierung Nordrhein-Westfalens einzahlen.

Die für diese Richtlinie der NRW.Global Business GmbH jährlich zur Verfügung stehenden Finanzmittel sind begrenzt. Bei Erfüllung der Voraussetzungen unter Nummer 3.1 trifft die NRW.Global Business GmbH die finale Auswahl aus den eingegangenen Bewerbungen nach eigenem Ermessen und unter Berücksichtigung der in Satz 1 genannten Kriterien.

6.4.

Nach Auswahl durch die NRW.Global Business GmbH erhält das ausgewählte Startup eine Förderzusage. Unter Berücksichtigung der Fördermöglichkeiten erfolgt eine Beratung bzw. Abstimmung zwischen dem Startup und der NRW.Global Business GmbH bezüglich der gewünschten Leistungen und Förderdauer mit dem Ergebnis eines individuellen Fahrplans, sogenannte Roadmap, der mit dem Kostenplan korreliert. Dieser Fahrplan kann im Rahmen der festgelegten Förderbedingungen auch während der Förderlaufzeit bei Bedarf des Startups angepasst werden.

Während der Förderdauer geht das Unternehmen in Vorleistung und begleicht die Rechnungen für die unter Fördermaßnahme 1 und gegebenenfalls Fördermaßnahme 2 in Anspruch genommenen Leistungen direkt bei den entsprechenden Anbietern.

6.5

Sobald die Unterlagen gemäß Nummer 7 der NRW.Global Business GmbH vollständig vorliegen und von dieser als ausreichender Nachweis angesehen werden, wird der Zuschuss bis zum Maximalbetrag von 10000 Euro an das Unternehmen ausbezahlt. Weiterhin stellt die NRW.Global Business GmbH dem Startup eine De-minimis-Bescheinigung über den in Anspruch genommenen Betrag aus.

6.6

Bei den von der NRW.Global Business GmbH eingesetzten Mitteln handelt es sich um öffentliche Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen. Das antragstellende Unternehmen verpflichtet sich, diese Beihilfe bei späteren De-minimis-Anträgen als Förderung anzugeben sowie mit dem Antrag den Erhalt anderer staatlicher Förderungen im laufenden Jahr bzw. den letzten beiden Jahren zu beziffern. Die Richtlinie der NRW.Global Business GmbH kann mit kommunalen Beihilfen für neu angesiedelte Unternehmen in Nordrhein-Westfalen kombiniert werden, wobei eine Gewährung von gleichen Leistungen zur selben Zeit durch Kommunen und Land ausgeschlossen ist.

7

Verwendungsnachweis

Spätestens vier Wochen nach Abschluss der konkreten Förderung legt das Startup der NRW.Global Business GmbH folgende Unterlagen gebündelt als Nachweise vor:

- ein Nachweis unter Beifügung der Rechnungskopien für die nach den Nummern 2.1 und 2.2 in Anspruch genommene Leistungen,
- Zahlungsnachweise für die oben genannten Rechnungen. Hier können ausschließlich Kontoauszüge als Zahlungsbelege anerkannt werden. Barquittungsbelege sind nicht zuschussfähig. Zahlungen mittels Verrechnung, Sachleistungen oder Naturalvergütungen entsprechen nicht den Richtlinien und schließen eine Förderung aus, und
- ausgefüllten digitalen Evaluationsbogen, bereitgestellt von der NRW.Global Business GmbH.

8

In- und Außerkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2028 außer Kraft.

– MBl. NRW. 2024 S. 799

II.**Ministerpräsident****Honorarkonsularische Vertretung
des Königreichs Lesotho in Frankfurt am Main**

Bekanntmachung
des Ministerpräsidenten
M 4 – 02.32-1/03
Vom 3. Juli 2024

Das Herrn Jürgen Lorenz erteilte Exequatur als Honorarkonsul des Königreichs Lesotho in Frankfurt am Main mit dem Konsularbezirk Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen ist mit Ablauf des 10. Juni 2024 erloschen.

Die honorarkonsularische Vertretung des Königreichs Lesotho in Frankfurt am Main ist somit geschlossen.

– MBl. NRW. 2024 S. 801

**Honorarkonsularische Vertretung
der Vereinigten Mexikanischen Staaten in Köln**

Bekanntmachung
des Ministerpräsidenten
M 4 – 02.51-1/24
Vom 3. Juli 2024

Die Bundesregierung hat Frau Helga Grabbe am 28. Juni 2024 das Exequatur als Honorarkonsulin der Vereinigten Mexikanischen Staaten in Köln erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst das Land Nordrhein-Westfalen.

Anschrift und weitere Daten der honorarkonsularischen Vertretung:

Hansaring 49-51, 50670 Köln
Tel.: 0221 / 1626 243
Fax.: 0221 / 1626 143
Email: helga.grabbe@cdc.de
Öffnungszeiten: Di bis Do von 10:00 bis 12:00 Uhr
oder nach Vereinbarung

– MBl. NRW. 2024 S. 801

III.**Landeswahlleiterin****Endgültiges Ergebnis
der Wahl zum Europäischen Parlament
am 9. Juni 2024 im Land Nordrhein-Westfalen**

Bekanntmachung
der Landeswahlleiterin
– 11 – 21.35.06-00005 –

Vom 8. Juli 2024

Gemäß § 72 Absatz 1 Nummer 2 der Europawahlordnung gebe ich das endgültige Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 im Land Nordrhein-Westfalen bekannt:

Wahlberechtigte	13.210.928
Wähler/innen	8.368.473
Ungültige Stimmen	50.530
Gültige Stimmen	8.317.943

Von den gültigen Stimmen entfielen auf die Wahlvorschläge der

*Name der Partei und ihre
Kurzbezeichnung/*

*Name und Kennwort der sonstigen
politischen Vereinigung* *Stimmen*

Christlich Demokratische Union
Deutschlands – CDU 2.598.559

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Grüne 1.120.881

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands – SPD 1.433.409

Alternative für Deutschland – AfD 1.049.639

Freie Demokratische Partei – FDP 527.673

DIE LINKE – DIE LINKE 177.132

Partei für Arbeit, Rechtsstaat,
Tierschutz,

Elitenförderung und basisdemokratische
Initiative – Die PARTEI 166.373

PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ –

Tierschutzpartei 137.490

Piratenpartei Deutschland – Piraten 39.947

Volt Deutschland – Volt 233.683

Familien-Partei Deutschlands –
FAMILIE 49.696

FREIE WÄHLER – FREIE WÄHLER 57.458

Ökologisch-Demokratische Partei –
ÖDP 28.166

Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit
– BIG 9.550

Gemeinsam für Europäische
Unabhängigkeit – MERA25 25.919

Aktion Partei für Tierschutz –
TIERSCHUTZ hier! 33.656

Partei der Humanisten – PdH 16.511

Die Heimat – HEIMAT 4.717

Bündnis C – Christen für Deutschland –
Bündnis C 12.769

Partei für schulmedizinische
Verjüngungsforschung 3.414

Menschliche Welt – für das Wohl und
Glücklichsein aller –

MENSCHLICHE WELT 10.425

Marxistisch-Leninistische Partei
Deutschlands – MLPD 3.631

Deutsche Kommunistische Partei – DKP 2.659

*Name der Partei und ihre
Kurzbezeichnung/*

<i>Name und Kennwort der sonstigen politischen Vereinigung</i>	<i>Stimmen</i>
Sozialistische Gleichheitspartei, Vierte Internationale – SGP	1.202
Aktion Bürger für Gerechtigkeit – ABG	4.032
Basisdemokratische Partei Deutschland – dieBasis	15.714
BÜNDNIS DEUTSCHLAND – BÜNDNIS DEUTSCHLAND	33.784
Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit – BSW	367.367
Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch – DAVA	55.569
Klimaliste Deutschland – KLIMALISTE	5.265
Parlament aufmischen – Stimme der letzten Generation –	
LETZTE GENERATION	17.689
Partei der Vernunft – PDV	5.711
Partei des Fortschritts – PdF	57.758
V-Partei ³ – Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer –	
V-Partei ³	10.495

– MBl. NRW. 2024 S. 801

Einzelpreis dieser Nummer 3,80 Euro

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 66,- Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 132,- Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30.4. bzw. 31.10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31.10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax: (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.

Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Im Namen der Landesregierung, das Ministerium des Innern NRW, Friedrichstr. 62–80, 40217 Düsseldorf.

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: Bagel Security-Print GmbH & Co. KG, Grunewaldstraße 59, 41066 Mönchengladbach

ISSN 0177-3569